



25.049

Mobilitätsdateninfrastruktur (MODIG). Bundesgesetz

Infrastructure de données sur la mobilité (LIDMo). Loi fédérale



SCHNYDER MARKUS

Glarus

Fraktion der Schweizerischen Volkspartei (V)

Schnyder Markus (V, GL): Wir sprechen wieder einmal über das Gesetz über die Mobilitätsdateninfrastruktur (MODIG). Wir haben bereits mehrfach über dieses Thema diskutiert. Heute darf ich zu meinen Minderheitsanträgen auf Nichteintreten auf den Bundesbeschluss 1 sowie auf Nichteintreten auf den Bundesbeschluss 2 sprechen. Zudem spreche ich für die Fraktion. Ich hätte also fast unbegrenzt Zeit zur Verfügung, ich werde diese allerdings nicht beanspruchen. Ich könnte auch einfach nochmals das erste Votum vorlesen, das mache ich allerdings nicht. Dennoch möchte ich darauf hinweisen, dass der Ständerat bzw. die ständerätliche Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen sich in Hinblick auf dieses Geschäft mit 8 zu 3 Stimmen für Nichteintreten entschieden hat. Der Ständerat selbst hat beim Bundesbeschluss 1 mit 25 zu 20 Stimmen und beim Bundesbeschluss 2 sogar mit 27 zu 17 Stimmen für Nichteintreten gestimmt.

Die Fehler dieser Vorlage sind offensichtlich, bei diesem Punkt werde ich mich wiederholen. Das Gesetz hat nämlich einen grundsätzlichen Konstruktionsfehler, der sich in der Detailberatung nicht aufheben lässt: Die Datenlieferung basiert auf einer gewissen Freiwilligkeit. Das heisst, nur diejenigen müssen Daten liefern, die das wollen, ausgenommen sind Transportunternehmen, die konzessioniert oder subventioniert sind. Wenn Sie nun aber nur die Daten bekommen, die diese Unternehmen liefern wollen, dann werden Sie von Anfang an ein unvollständiges Bild der Daten haben. Wenn Sie ein unvollständiges Bild haben, dann wird das dazu führen, dass Sie keine schlaun Massnahmen daraus ableiten können. Entweder werden in der Folge Fehlinvestitionen geplant, wenn nämlich aufgrund des falschen Bildes eine falsche Einschätzung oder Beurteilung vorgenommen wird, oder es entstehen Doppelspurigkeiten, wenn zum Beispiel konzessionierte Unternehmen ihre Daten offenlegen und dann irgendein privater Anbieter der Meinung ist, das könnte eine interessante Strecke sein. Das kann zu Doppelspurigkeiten führen und dazu, dass die konzessionierten Unternehmen weniger Geld verdienen.

Das zweite Problem ist das unterschiedliche Verständnis dieser Vorlage. Bereits in der Kommission hat sich gezeigt, dass es unterschiedliche Meinungen dazu gibt, was das Gesetz genau bewirken soll. Die links-grüne Ratshälfte hat bereits in der Kommissionsdebatte immer wieder versucht, aus diesem Gesetz irgendein Lenkungs-gesetz zu machen oder zumindest den Modalsplit zugunsten des ÖV zu ändern. Das ist aber nicht die Idee dieser Vorlage. Es geht wirklich nur darum, Daten zu sammeln. Diese Daten sind dann aber bereits das dritte Problem. Es hat sich auch in der Kommissionsdebatte gezeigt, dass der Datenschutz sehr anspruchsvoll ist. Wie das in der Praxis gehandhabt werden soll, wenn jede Person, die transportiert wird, ihr Einverständnis geben muss, dass ihre Daten weitergeleitet werden können, wurde nicht abschliessend geklärt.

Das vierte Problem – wahrscheinlich das Hauptproblem – sind die Kosten. Wir sprechen hier von 86 Millionen Franken für vier Jahre. Sie wissen, dass wir in diesem Rat ein Entlastungspaket beschlossen haben, und zeitgleich wollen wir 86 Millionen Franken für einen bekanntermassen sehr kleinen Nutzen ausgeben. Ich bin ehrlicherweise überrascht, dass die EFK ihre Meinung dazu nicht kundgetan hat, mittlerweile ist das ja Standard. Nun kann man sagen, dass die Finanzierung mit Geldern aus dem NAF und dem BIF passieren würde. Sie wissen aber ebenfalls, dass wir das Projekt Verkehr '45 haben, und die Ansprüche an diese beiden Fonds fast unermesslich hoch sind – das Geld hingegen nicht entsprechend vorhanden ist.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir in der ersten Runde nicht eingetreten sind, dass wir aber einen Rückweisungsantrag gestellt haben mit der Aufforderung, die Vorlage müsse nutzerfinanziert sein. Das wollten Sie damals nicht, und nun ist diese Vorlage im Ständerat halt gescheitert.

Ich bitte Sie, ebenfalls für Nichteintreten zu stimmen. Das Fazit ist klar: Die Vorlage bringt sehr wenig bis nichts, kostet hingegen sehr viel. Der Ständerat hat das bemerkt; ich hoffe, Sie haben es auch bemerkt. Stimmen Sie den Anträgen der Minderheit zu.